

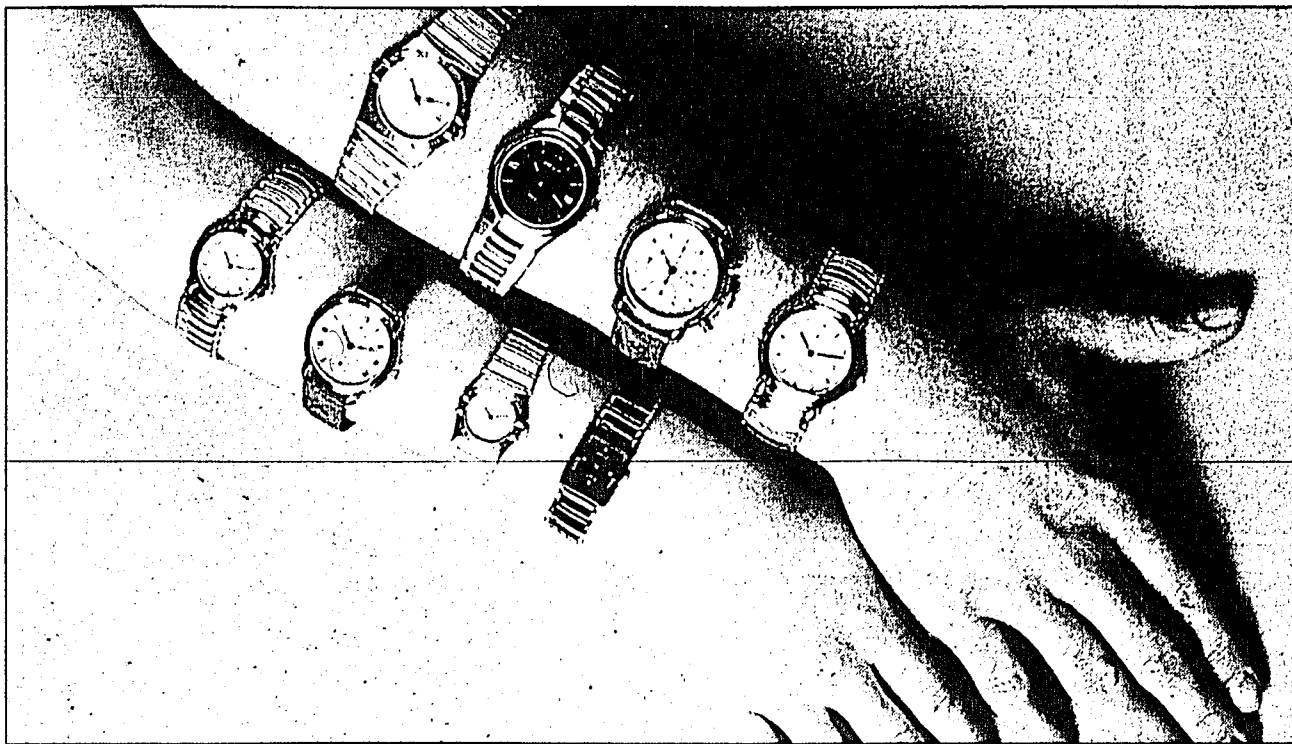
Weniger Schweizer Uhren exportiert

Abnahme von vier Prozent im Vergleich zu 2001

BIEL: Die Schweizer Uhrenindustrie hat im ersten Halbjahr 2002 wertmässig vier Prozent weniger Uhren exportiert als in der Vorjahresperiode. In der Branche wird ein Exportwachstum erst im nächsten Jahr erwartet. Mengenmässig wurden zwar wieder leicht mehr Uhren ausgeführt. Die Kauflust nach Golduhren nahm aber ab.

Mit Exporten in der Höhe von 4,872 Milliarden Franken wurde der Wert der Vorjahresperiode um 200 Millionen Franken oder vier Prozent unterschritten, teilte der Verband der Schweizerischen Uhrenindustrie am Montag in Biel mit. Seit Jahresbeginn sei der Rückgang schrittweise kleiner ausgefallen. Im ersten Quartal 2002 hatte der Rückgang noch 6,2 Prozent betragen. Zwar seien auf Grund der Entwicklung die Prognosen der Uhrenhersteller wieder optimistischer, hiess es. Bis zum Wiederaufschwung dauere es aber noch mehrere Monate, weshalb die Prognosen für das Jahresende nicht verändert würden. Die Industrie erwartet ein Resultat leicht unter dem vergangenen Rekordjahr.

Bei der Exportmenge stellte der Verband eine Zunahme von 0,5 Prozent auf 12,7 Millionen Uhren oder Bestandteile fest. Damit schwäche sich



Im Vergleich zu 2001 hat die Schweizer Uhrenindustrie im ersten Halbjahr 2002 vier Prozent weniger Uhren exportiert. (Bild: Wodicka)

die seit acht Jahren zu beobachtende Abnahme der Exportmenge etwas ab. Hingegen sei der Durchschnittspreis der exportierten Uhren von 357 auf 345 Franken gesunken. Insbesondere werde das Gesamtergebnis durch die Abnahme der Golduhrenexporte beeinträchtigt. Hier beträgt der Rück-

gang laut den Angaben 142 Millionen Franken oder 10,4 Prozent.

Eindeutig rückläufig sei auch die Tendenz auf den ersten sechs Absatzmärkten der Schweizer Uhrenindustrie.

Zwar seien die Veränderungen im Vergleich zu den vorangegangenen

Perioden weniger negativ, doch seien die konjunkturellen Verbesserungen bei den Uhrenexporten noch nicht spürbar. An der Spitze der Exportländer steht nach wie vor Hongkong (-3,2 Prozent), gefolgt von den USA (-7,9 Prozent) und Japan (-2,5 Prozent).

Firmen auf dem Internet

Fast 30 Prozent der Firmen im Internet präsent

BERN: Beinahe 30 Prozent der Schweizer Firmen sind laut einer Studie auf dem Internet präsent. Die Schweizer KMU sind in Sachen Internet international zwar gut gerüstet, aber der Nutzen der Technologie ist noch kaum messbar, wie die Autoren der Studie in der vom seco herausgegebenen Zeitschrift «Volkswirtschaft» schreiben.

Auf Anfang 2002 ist der Anteil der Schweizer Firmen, die eine Internetpräsenz besitzen, innert Jahresfrist noch einmal um sechs Prozent auf 28,8 Prozent gestiegen. Wie die Auto-

ren der jährlichen Studie des soziologischen Instituts der Universität Zürich in der vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) herausgegebenen Zeitschrift schreiben, ist damit nach wie vor keine Verlangsamung der langjährigen Entwicklung feststellbar.

Als wichtigster Faktor für eine Präsenz im Internet erwies sich für die Schweizer Firmen die Betriebsgrösse. Firmen mit über Hundert Mitarbeiter besitzen laut Studie zu über 90 Prozent eine eigene Homepage. Bei einer grossen Firma sei der Kontakt zum Kunden effizienter via Internet zu gestalten, heisst es weiter.

Syngenta unter Druck

Kampagne gegen Syngenta-Herbizid Gramoxone

BASEL: Der Agrochemie-Konzern Syngenta soll sein Herbizid Gramoxone, das nicht nur Pflanzen, sondern auch Menschen gravierend schädigen könne, vom Markt nehmen. Dies fordert die Erklärung von Bern (EVB) in einem Aufruf, den acht weitere NGO unterzeichnet haben.

Aktivisten und Aktivistinnen verteilen entsprechende Flugblätter vor dem Basler Kongresszentrum, wo am Sonntagabend der einwöchige IUPAC «International Congress on the Chemistry of Crop Protection» begonnen hat. Syngenta predige an dem Agrochemie-Kongress Innovation, zelebriere aber den Rückschritt, schreibt die EVB in einem Communiqué vom Montag. So seien unzählige Todesfälle durch das Herbizid Paraquat bekannt, das Syngenta seit rund 35 Jahren unter dem Namen Gramoxone vermarktet. Tausende von Plantagenarbeitenden, insbesondere in den Ländern des Südens, hätten mit gesundheitlichen Folgen aufgrund des Paraquat-Gebrauchs zu kämpfen.

Syngenta-Sprecher Jürg Eberle betonte auf Anfrage, dass Gramoxone bei vorschriftsgemässer Anwendung sicher sei. Doch für die EVB liegt genau hier die Krux: «denn Syngenta verkauft das Produkt in Ländern, wo

eine korrekte Anwendung aus materiellen Gründen oder wegen fehlender Information seit Jahrzehnten nicht stattfindet». Blosser Hautkontakt reiche für eine Schädigung nicht aus, sagte Eberle. «Uns ist kein einziger Todesfall infolge einer sachgemässen Anwendung bekannt. Wir sehen keinen Anlass, Gramoxone vom Markt zu nehmen», hielt der Syngenta-Sprecher fest. Bereits an der Generalversammlung von Syngenta im April hatte die EVB einen Stopp des Präparates gefordert. Die NGO würden den Druck nun weiter erhöhen.

Microsoft will Sanktionen erfüllen

WASHINGTON: Der Softwareriesen Microsoft will noch bevor ein Urteil im Kartellrechtsprozess fällt einige der angedrohten Auflagen erfüllen. Das gab der Konzern bekannt. Einzelheiten sollten vergangene Nacht auf einer Pressekonferenz bekannt gegeben werden.

Beobachter vermuten, dass der von Bill Gates gegründete Konzern in der Schlussphase des seit vier Jahren währenden Prozesses RichterIn Colleen Kollar-Kotelly «gnädig» stimmen will. Microsoft hatte sich in dem Streit mit der US-Bundesregierung geeinigt.



Aktivisten der Organisation «Erklärung von Bern» protestieren gegen die Produktion des Herbizids Paraquat der Firma Syngenta.

Wirtschaftsprüfer im Visier

BERLIN: Zur Bekämpfung von Bilanzbetrug sollen in Deutschland Unternehmen und Wirtschaftsprüfer stärker unter die Lupe genommen werden, wurde am Montag aus Kreisen des Justiz- und des Finanzministeriums bekannt.

Bundesjustizministerin Hertha Däubler-Gmelin (SPD) sprach gemäss einem Bericht des Düsseldorfer «Handelsblattes» gar davon, im Falle einer Wiederwahl eine Art «Bilanz-Polizei» einzurichten. Die Kleinanleger-Lobby kritisierte «hektischen Wahlkampfaktivismus».

Zu den Plänen, in Deutschland eine Börsenaufsicht nach USA-Vorbild einzurichten, hatte Klaus Nieding, Sprecher der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, einiges einzuwenden. So könne die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nicht wie die US-Wertpapierkommission SEC Unternehmen durchsuchen oder Beweismaterial beschlagnahmen.

«Dies kann angesichts der deutschen Gewaltenteilung nur ein Richter anordnen, aber keine Verwaltung», sagte Nieding. Zudem sei die Zusammenlegung der Länder- und Bundeskompetenzen zu einer neuen zentralen Behörde nicht mit dem föderalen System Deutschlands vereinbar.

Uruguays Banken wieder geöffnet

MONTEVIDEO: Angesichts der schweren Finanzkrise haben die USA Uruguay am Montag einen Sofortkredit in Höhe von 1,5 Mrd. Dollar (2,2 Mrd. Fr.) gewährt. Nach sechs Tagen konnten die uruguayischen Banken damit wieder ihre Pforten öffnen.

Noch in dieser Woche wollen der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank Uruguay ihrerseits einen Kredit über 1,5 Mrd. Dollar gewähren. Das uruguayische Parlament hatte am Sonntag ein Programm zur Stabilisierung des Bankensystems beschlossen und damit die Voraussetzung für den Überbrückungskredit der USA geschaffen. US-Finanzminister Paul O'Neill, der nach einem Besuch in Brasilien am Dienstag in Uruguay und anschliessend in Argentinien erwartet wird, äusserte die Hoffnung, dass der auf Uruguay lastende enorme Druck nun zunächst genommen sei. Fast alle Banken hätten am Montagvormittag wieder geöffnet, sagte Alberto Garcia von der Bankengewerkschaft AEBU. Drei Institute sahen sich am Montag wegen akuter Finanzprobleme aber weiterhin nicht in der Lage, ihren normalen Geschäftsbetrieb aufzunehmen. Vor den Geschäftsräumen vieler Banken in der Hauptstadt Montevideo bildeten sich zur Wiedereröffnung Warteschlangen.

Die Banken hätten wegen massiver Kapitalflucht und stark geschrumpfter Reserven der Zentralbank am Dienstag vergangener Woche schliessen müssen. Aufgrund der wachsenden Verunsicherung an den Finanzmärkten hatten bis dahin viele Sparer ihre Guthaben abgehoben. Allerdings droht im Bankensektor nun neue Unbill durch Streiks der Bankmitarbeiter. Die Bankengewerkschaft hat für Mittwoch zu Arbeitsniederlegungen aufgerufen, um gegen drohende Stellenstreichungen zu protestieren.

PanAlpina Sicav Alpina V

Preise vom 5. August 2002
Kategorie A (thesaurierend)
 Ausgabepreis: € 43.80
 Rücknahmepreis: € 42.87
Kategorie B (ausschüttend)
 Ausgabepreis: € 42.00
 Rücknahmepreis: € 41.13

Zahlstelle in Liechtenstein:
 Swissfirst Bank (Liechtenstein) AG
 Austraße 61, Postfach, FL-9490 Vaduz

UBS (Lux) Strategy Sicav
 Société d'Investissement
 à Capital Variable
 Gesellschaftssitz: 291, Route d'Arlon
 B.P. 91, L-2010 Luxembourg
 R.C. Luxembourg N° B 43.925

EINLADUNG

Die Aktionäre werden hiermit zur

ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG

eingeladen, die am Dienstag, 20. August 2002, um 11:00 Uhr am Gesellschaftssitz mit folgender Tagesordnung stattfinden wird:

1. Tätigkeitsbericht des Verwaltungsrates und Bericht des Abschlussprüfers
2. Genehmigung der Jahresabschlussrechnung per 31. Mai 2002
3. Beschluss über die Verwendung des Jahresergebnisses
4. Entlastung der Verwaltungsratsmitglieder und des Abschlussprüfers
5. Statutarische Ernennungen
6. Mandat Abschlussprüfer
7. Diverses

Jeder Aktionär ist berechtigt, an der ordentlichen Generalversammlung teilzunehmen. Er kann sich auf Grund schriftlicher Vollmacht durch einen Dritten vertreten lassen. Jede Aktie gewährt eine Stimme. Um an der ordentlichen Generalversammlung teilzunehmen, müssen die Aktionäre ihre Aktien bis zum 13. August 2002, spätestens 16:00 Uhr bei der Depotbank, UBS (Luxembourg) S.A., 36-38, Grand-rue, L-1660 Luxembourg hinterlegen; Vollmachten müssen ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt bei der Adresse der Gesellschaft eingehen.

Luxemburg und Vaduz, 07. August 2002

Der Verwaltungsrat

Der Vertreter in Liechtenstein:
 Liechtensteinische Landesbank Aktiengesellschaft
 Städtle 44
 9490 Vaduz